

Fraktion DIE LINKE
Fraktion DIE FRAKTION
Nicolin Gabrysch, KLIMA FREUNDE

Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Ausschussvorsitzende
Ira Sommer

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 15.03.2022

AN/0610/2022

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Liegenschaftsausschuss	16.03.2022

Änderungsantrag Sozial gerechte Liegenschaftspolitik mit Hilfe von Erbbauverträgen verwirklichen!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,
sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende Sommer,

die o.g. Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen bitten Sie, den Änderungsantrag **„Sozial gerechte Liegenschaftspolitik mit Hilfe von Erbbauverträgen verwirklichen!“** zum Tagesordnungspunkt *„Vorrangige Nutzung des Erbbaurechtes bei der Veräußerung städtischer Grundstücke Baustein 1: Grundstücke für den Geschosswohnungsbau“* in die Tagesordnung mit aufzunehmen.

Beschluss:

Zu Punkt 1 der Vorlage:

Das Erbbaurecht ist nicht nur vorrangig, sondern ohne Ausnahme anzuwenden. Kein städtischer Grund und Boden darf verkauft werden.

Zu Punkt 2 der Vorlage:

- Der Anteil der preiswerten Wohnungen muss zwischen 75 % und 100 % liegen.
- Die reguläre Laufzeit des Erbpachtvertrages beträgt 99 statt 80 Jahre. Die Mietpreisbindung beträgt 81 statt 61 Jahre.

- Auch nach Auslaufen der Förderzeit müssen die Wohnungen Mieter*innen mit Wohnberechtigungsschein vorbehalten bleiben.
- Der Quadratmeterpreis im preisgedämpften Sektor darf nur 9 statt 10 Euro betragen.
- Städtische und stadtnahe Wohnungsbaunternehmen müssen immer vorrangig mit Erbbauverträgen bedient werden.

Begründung:

Zu 1)

- Nur wenn es ausreichend Flächen in öffentlicher Hand gibt, können gesellschaftlich definierte Ziele der Stadtentwicklung, wie zum Beispiel die Bereitstellung von genug preiswertem Wohnraum, verwirklicht werden.

Zu 2)

- Der gesetzliche Rahmen bietet die Möglichkeit, Erbbauverträge bis zu 99 Jahre laufen zu lassen. Dies bietet maximale Planungssicherheit. 99 Jahre Laufzeit hat sich bei den großen und erfahrenen Erbpachtgebern, wie der katholischen Kirche und der Klosterkammer Hannover, bewährt.
- Viele Menschen mit niedrig entlohnten Berufen außerhalb des Transferleistungsbezugs leiden unter einer zu hohen Mietpreisbelastung.
- Wenn nicht nur die Fläche, sondern auch die Aufbauten der Stadt beziehungsweise stadtnahen Gesellschaften gehören, ist der Einfluss der Stadt und ihrer Einwohner*innen gewährleistet.

gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE

gez.
Michael Hock
Geschäftsführer
Fraktion DIE FRAKTION

gez.
Nicolin Gabrysch
Einzelmandatsträgerin
KLIMA FREUNDE